

PRESSEMITTEILUNG 164 – 18.09.2025

Birte Pauls:

Das Selbstbestimmungsrecht der Frau sichern – Schwangerschaftsabbrüche gehören zur medizinischen Grundversorgung

Zur heutigen Anhörung des Sozialausschusses zum Thema Schwangerschaftsabbrüche erklären die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sophia Schiebe, und die gesundheitspolitische Sprecherin, Birte Pauls:

„Das Selbstbestimmungsrecht der Frau darf nicht länger eingeschränkt werden. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der medizinischen Grundversorgung und sie müssen endlich bis zur 12. Woche entkriminalisiert werden“, erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sophia Schiebe. „Noch sind Schwangerschaftskonfliktberatungen verpflichtend. Wir wollen, dass diese Angebote freiwillig werden und dafür flächendeckend, gut finanziert und qualitativ hochwertig zur Verfügung stehen. Denn gute Beratung in einer Konfliktsituation lebt von Vertrauen, nicht von Zwang. Ergänzend sind kostenloser Zugang zu modernen Verhütungsmitteln und umfassende sexuelle Bildung zentrale Bausteine, damit Frauen und Mädchen überhaupt frei und informiert entscheiden können.“

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls, betont: „Eine wohnortnahe, medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen muss gesichert sein. Wir unterstützen den Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion, dass Kliniken mit kirchlichen Trägern nicht länger selbst entscheiden dürfen, ob sie Abbrüche anbieten. Bis diese bundesgesetzliche Änderung greift, liegt die Verantwortung beim Land. Besonders deutlich wird das in Flensburg: Dort ist bereits geplant, dass im neuen Klinikum keine Schwangerschaftsabbrüche mehr stattfinden sollen. Gleichzeitig haben sich die gynäkologischen Angebote in den vergangenen Jahren bereits um die Hälfte reduziert. Das würde eine gravierende Versorgungslücke im Norden reißen. Lange Fahrtwege und Zeitverzögerungen sind in einer ohnehin schwierigen Situation unzumutbar und riskant. Diese Situation ist nicht hinnehmbar und die Landesregierung ist in der Pflicht, endlich gegenzusteuern. Und wenn es um Prostata-Eingriffe ginge, wäre längst eine Lösung gefunden und genau deshalb braucht es endlich mehr Raum für geschlechtersensible Medizin.“